

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Februar 2014

Österreich: Sprachliche Frühförderung und Anerkennungsgesetz

Ein Überblick über die neuen Entwicklungen auf **Seite 3**

Migration Policies International

Neueste Entwicklungen auf Ebene der Europäischen Union und in Japan auf **Seite 4**

Zuwanderungstrends im Jahr 2013

Daten zu Aufenthalt, Asyl, Frauen, Jugend und zur regionalen Verteilung in Österreich auf **Seiten 5 und 6**

Migration und Integration in Europa

Schweiz: Zuwanderungsbeschränkung nach Referendum

Wie viel Migration verträgt die Schweiz? Über diese Frage und die damit einhergehende Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ der Schweizerischen Volkspartei wurde am 9. Februar 2014 in der Schweiz abgestimmt. Das Ergebnis fiel knapp zugunsten einer Zuwanderungsbeschränkung aus.

Rund 56% der Stimmberechtigten schritten zur Urne und nahmen an der Abstimmung über die Einführung eines Einwanderungskontingents teil. 50,3% der Schweizer/innen stimmten für die Initiative. Das Ergebnis legt eine Kluft innerhalb des Landes offen: Die wirtschaftlich starken Kantone wie Zürich, Basel, Genf und Waadt lehnten das Volksbegehren ab – Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte

wird hier mehrheitlich als Faktor für wirtschaftliches Wohlergehen angesehen. In den ländlichen Gegenden der Deutschschweiz sowie in italienischsprachigen Kantonen zeigte sich eine starke Befürwortung der Initiative – es herrscht Angst vor massivem Druck auf Löhne und Arbeitsplätze bedingt durch die Zuwanderung. In Tessin stimmten 68,2% für ein Einwanderungskontingent. →

Inhalt

Schweiz: Zuwanderungsbeschränkung	1-2
Ö: Sprachliche Frühförderung, Anerkennungsgesetz	3
Migration Policies International	4
Ö: Aufenthalt, Niederlassung, Asyl im Jahr 2013	5
Ö: Zuwanderung 2013: Frauen, Jugendliche, Bundesländer	6
Pressebeobachtung	7
Kurzmeldungen	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF	8

→ Fortsetzung von Seite 1
Schweiz: Zuwanderungsbeschränkung nach Referendum

Zuwanderung: Motor oder Belastung?

Die Schweizer Eidgenossenschaft und die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände brachten ihre Ablehnung des Volksbegehrens ein und begründeten dies damit, dass Migration zum Wohlstand der Schweiz befrage. Die Initiatoren der Bürgerinitiative, die rechtskonservative und EU-kritische Schweizerische Volkspartei (SVP) um den früheren Industriellen Christoph Blocher, sowie weitere Befürworter sprechen sich klar für eine begrenzte Zuwanderung aus. Sie befürchten, dass durch unkontrollierte Zuwanderung die Sozialsysteme der Schweiz stark belastet werden. Die SVP argumentierte, dass durch den starken Anstieg der Zuwanderung (vor allem aus der EU) Mieten und Bodenpreise steigen würden. Zudem seien Straßen, Züge und Universitäten überfüllt.

Umsetzung der Entscheidung

Resultierend aus dem Abstimmungsergebnis hat die Schweiz nun drei Jahre Zeit, um die in der Initiative geforderten Maßnahmen umzusetzen. Die Ergebnisse der Abstimmung fanden heftigen Widerhall in den Medien.

Auswirkungen der Entscheidung

Primär sieht sich die Schweizer Wirtschaft durch die Ergebnisse vor große Herausforderungen gestellt: Die Schweizer Exportwirtschaft sei auf den Zugang zum EU-Markt angewiesen, da 60% der Schweizer Exporte auf diesen Markt gelangen. Weiters können Unternehmen in der Schweiz künftig nicht ohne weiteres Arbeitskräfte aus der Europäischen Union anwerben. Diesbezüglich wird ein Fachkräftemangel befürchtet. Im Gesundheits- und Universitätswesen sei dies aktuell bereits der Fall.

Die Schweiz kooperiert durch mehrere Assoziierungsabkommen mit der EU. Durch die Ablehnung der Personenfreizügigkeit, die seit 2002 bestand, sind auch andere bilaterale Verträge (freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Kapitalverkehr) betroffen.

Reaktionen in der Europäischen Union

Von Seiten der EU-Länder kommt Kritik an dieser Entscheidung. So meinte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament, Elmar Brok, die Situation nicht widerspruchsfrei

DATEN UND FAKTEN

Zuwanderung in die Schweiz

- 1,88 Millionen Ausländer/innen leben in der Schweiz
- 23,5% der Gesamtbevölkerung sind ausländischer Herkunft
- 77.000 Menschen ziehen jährlich in die Schweiz
- 70% der Zuwander/innen stammen aus der EU
- Größte Zuwanderungsgruppen: Italiener/innen und Deutsche

hinnehmen zu wollen. Mehrere EU-Mitgliedsstaaten erwägen, ihre Beziehungen mit der Schweiz zu überdenken.

Weitere Information:

Schweizer Bundesamt für Migration: >>> [hier](#)

Integrationspolitik Österreich

Sprachliche Frühförderung: Auftakt für zweites verpflichtendes Kindergartenjahr

Im Arbeitsprogramm der Regierung wurde die Bedeutung der Elementarpädagogik bereits unterstrichen. Die Frühförderung, insbesondere im sprachlichen Bereich, soll nun durch ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr ausgebaut werden.

Gemeinsam mit Ländern und Gemeinden wollen die Familien- und Integrationsministerien das Vorhaben nun umsetzen, die Maßnahmen sollen ab 2015 greifen. Ausbau und Verbesserung der Kinderbetreuung sollen mit 350 Millionen Euro unterstützt werden. Hauptaugenmerk liegt einerseits auf einer Sprachstandsfeststellung im Alter von dreieinhalb Jahren, andererseits auf einer gezielten Förderung der Kinder mit Nachholbedarf. In einer Pressekonferenz am 12. Februar präsentierten Familienministerin Sophie Karmasin und Integrationsminister Sebastian Kurz die neuen Maßnahmen und Ziele.

Zweites Kindergartenjahr bei Förderbedarf

Bisher bestand die Verpflichtung, lediglich ein Kindergartenjahr zu absolvieren. Neu am Vorhaben von Integrationsminister Kurz und Familienministerin Kamarsin ist die Einführung eines

zweiten Kindergartenjahres für jene Kinder ab dem vierten Lebensjahr, die einen Förderbedarf, insbesondere im sprachlichen Bereich, aufweisen. Somit soll ein wesentlicher Grundstein für den späteren Bildungs- und Berufserfolg der Kinder gelegt werden.

Harmonisierte Sprachstandsfeststellung

Eine bestmögliche Sprachförderung setzt eine effektive und einheitliche Erhebung des Sprachstandes von Kindern voraus. Über abgestimmte Messinstrumente sollen laut Regierungsvorschlag die Grundlagen für eine Erkennung und Einstufung des Förderbedarfs geschaffen werden.

Kosten des zweiten Kindergartenjahres

Das zweite verpflichtende Jahr im Kindergarten solle laut Ministerin Karmasin und Minister Kurz im Idealfall zwar kostenlos sein, die diesbezüglichen finanziellen Möglichkeiten seien jedoch noch nicht geklärt. In Ausnahmefällen solle aber auf jeden Fall finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integrationspolitik Österreich

Integrationsminister Kurz: Schnellere Anerkennung von Qualifikationen

Integrationsminister Sebastian Kurz kündigte am 5. Februar an, sich für eine möglichst rasche Umsetzung eines Anerkennungsgesetzes nach deutschem Vorbild einzusetzen.

Im Ausland erworbene Schul-, Lehr- und Studienabschlüsse sollen in Österreich künftig rascher, unbürokratischer und über ein einheitliches System anerkannt werden. Dies ist das Ziel des Anerkennungsgesetzes, welches Ende 2013 im neuen Regierungsprogramm niedergeschrieben wurde.

Es soll der Tendenz, dass überproportional viele Zuwander/innen Tätigkeiten unter ihrem Qualifikationsniveau nachgehen, entgegenwirken. Laut einer Studie der Donau-Universität Krems trifft dies auf ein Drittel der im Ausland geborenen Österreicher/innen zu. Konkret sollen laut Integrationsminister Kurz Zuständigkeiten und Kosten vereinheitlicht, Fristen verkürzt, Verfahren harmonisiert und die Bewertungen auch auf nicht-akademische Ausbildungen ausgeweitet werden.

Die zeitliche Umsetzung soll laut Integrationsminister Kurz in der aktuellen Legislaturperiode geschehen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

EU: Kommission will EURES-Netz für Stellenvermittlung verbessern

Aufgabe des EURES-Netzes ist es, Informationen, Beratung und Vermittlung für Arbeitskräfte und Arbeitgeber sowie für alle EU-Bürger/innen anzubieten, die vom Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen und in anderen EU-Staaten arbeiten möchten.

Dieses Angebot soll eine Erneuerung und gleichzeitige Verbesserung erfahren. Laut Vorschlag der Europäischen Kommission sollen zusätzliche Ausschreibungen zur Verfügung gestellt, die Arbeitskräfte-Vermittlung intensiviert und es Unternehmen erleichtert werden, Stellen schneller und besser zu besetzen. Es soll auch den Bürger/innen leichter gemacht werden, eine fundierte Entscheidung zu treffen, wenn sie im Ausland arbeiten möchten.

Mit den Erneuerungen soll EURES eine effizientere und transparentere Rekrutierung von Arbeitskräften sowie eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten gewährleisten.

Die vorgeschlagene EURES-Verordnung stellt eine von mehreren Maßnahmen zur Förderung der Arbeitnehmerfreizügigkeit dar.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

Japan: Mehr ausländische Trainees, mehr weibliche Führungskräfte

Japan gilt als Land, welches sich stark gegen Zuwanderung sperrt und seinen Arbeitsmarkt energisch abschottet. Dies könnte sich in Zukunft ändern, denn der zunehmende Bauboom führt zu einem Arbeitskräftemangel und könnte die restriktive Einwanderungspolitik ins Wanken bringen. Vor allem Bauprojekte in Verbindung mit den Olympischen Spielen 2020 tragen dazu bei.

Gemäß japanischen Einwanderungsgesetzen können ausländische Arbeitskräfte derzeit als „technische Trainees“ eingestellt werden. Die Regierung erwägt nun den Ausbau dieses Ausbildungsprogrammes. Gleichzeitig warnen Gewerkschaften jedoch vor der Abhängigkeit von Trainees als billige Arbeitskräfte und sind gegen eine offenere Zuwanderungspolitik.

Eine weitere Veränderung erfährt der japanische Arbeitsmarkt durch die aktuelle Debatte um die Frauenerwerbstätigkeit. Bis 2020 sollen 30% aller Managementpositionen von Frauen bekleidet werden. Dies würde laut Internationalem Währungsfonds (IWF) zu einer potenziellen BIP-Steigerung von vier Prozentpunkten führen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

EU: Stärkung der Rechte von Saisonarbeiter/innen

Am 5.2.2014 kam es im Europäischen Parlament zu einer positiven Abstimmung über einen vereinfachten Zuzug von saisonal beschäftigten Arbeitskräften.

Nach den Richtlinienvorschlägen der EU-Kommission werden Saisonarbeiter/innen die gleichen Rechte wie EU-Bürger/innen bezüglich geleisteter Arbeitsstunden, Mindestlohn, Urlaubsansprüchen und Gesundheitsversorgung eingeräumt.

Saisonarbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern sollen künftig von vereinfachten Zulassungsverfahren und klaren Regeln über ihre maximale Aufenthaltsdauer und Arbeitsbedingungen profitieren. Die Entscheidung, wie viele Saisonarbeitskräfte aufgenommen werden, obliegt jedoch dem jeweiligen EU-Land.

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström begrüßt den Beschluss, da sie die Aufenthaltsbedingungen und Rechte von Saisonarbeiter/innen harmonisieren, der verletzlichen Situation von Saisonarbeitskräften entgegenwirken und eine Ausbeutung am Arbeitsmarkt eindämmen will.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Auswertung 2013: 444.275 Drittstaatsangehörige mit aufrechtem Aufenthaltstitel

Das Bundesministerium für Inneres hat die Jahresstatistiken 2013 zu Aufenthalt, Niederlassung und Asyl veröffentlicht. Diese bieten einen detaillierten Überblick über die Zuwanderungstrends im letzten Jahr.

Die Betrachtung der Zahlen zu den in Österreich bestehenden Aufenthaltstitel geben Aufschluss über die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen nach Österreich. Zuwander/innen aus EWR-Staaten (EU-Staaten plus Island, Liechtenstein und Norwegen) und der Schweiz unterliegen aufgrund des EU-Aufenthaltsrechtes keiner Visumpflicht und benötigen keinen Aufenthaltstitel. Sie werden folglich von der Statistik bezüglich Aufenthaltstiteln nicht erfasst.

Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen

2013 wurden 444.275 aufrechte Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen gezählt. Die Geschlechteraufteilung gestaltet sich ausgewogen. 60% der in dieser Statistik Erfassten waren jünger als 40 Jahre. Die größte Zahl an Drittstaatsangehörigen mit gültigem Aufenthaltstitel sind Serb/innen (ca. 25%), gefolgt von Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft (ca. 24%) und Personen aus Bosnien-Herzegowina (ca. 20%).

Serbien	112.027
Türkei	107.883
Bosnien-Herzegowina	87.483

Rund 45% der Titel fallen in die Kategorie „Daueraufenthalt EG“ und 17% auf die „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“, die befristet an Personen vergeben wird, deren Familienangehörige sich bereits rechtmäßig in Österreich aufhalten. Die Rot-Weiß-Rot-Karte, vorgesehen für Hochqualifizierte, Arbeitnehmer/innen mit Schlüsselkompetenzen oder in Mangelberufen wurde von mehr als doppelt so vielen Männern wie Frauen genutzt. Die gewährten Aufenthaltstitel werden in drei Gruppen unterteilt: Erstaufenthaltsbewilligungen, Verlängerungen und Zweckänderungen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 8.583 Erstaufenthaltstitel, 16.450 Verlängerungen und 832 Zweckänderungen verbucht. Sowohl bei Erstaufenthaltstiteln als auch bei Verlängerungen machen Studierende die größte Gruppe aus.

Zuwanderung aus EWR-Staaten

Rückschlüsse auf die Zuwanderungszahlen aus EWR-Staaten (EU-Staaten plus Island, Liechtenstein und Norwegen) und der Schweiz ergeben sich aus den Zahlen zur Anmeldebe-

scheinigung. Diese ist erforderlich, wenn sich Bürger/innen dieser Staaten länger als drei Monate in Österreich aufhalten. 2013 wurden 58.502 Anmeldebescheinigungen ausgestellt. Die Top-3-EWR-Herkunftsländer sind:

Deutschland	12.506
Ungarn	11.779
Rumänien	7.096

Asylanträge im Jahr 2013

Im Jahr 2013 wurden in Österreich 17.503 Asylanträge eingebracht (+0,52% im Vergleich zu 2012). Rechtskräftig entschieden wurden 16.675 Verfahren. Zusätzlich erhielten 1.819 Personen subsidiären Schutz, welcher bei Gefahr für Leben oder Gesundheit trotz negativem Asylbescheid temporär erteilt werden kann. Die meisten Asylanträge wurden 2013 von Staatsangehörigen folgender Länder eingebracht:

Russische Föderation	2.841
Afghanistan	2.589
Syrien	1.991

Weitere Information:

Bundesministerium für Inneres: [» hier](#)

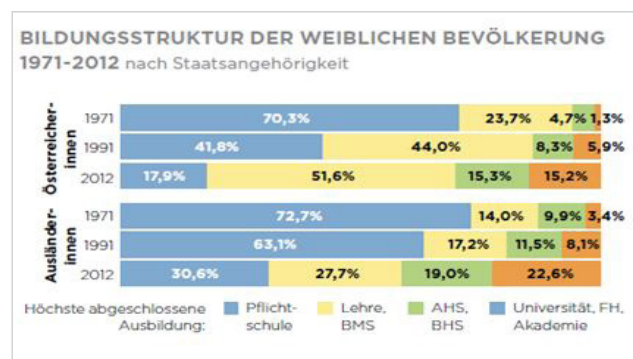
Migration in Österreich

Zuwanderungstrends 2013: Frauen, Jugendliche, regionale Verteilung

Die Statistikkbroschüren „migration & integration“ vom ÖIF und von der Statistik Austria liefern aktuelle Zahlen und Fakten zu den Schwerpunktthemen Frauen, Bundesländer und Jugend.

Frauen mit ausländischer Herkunft

Rund 18% der in Österreich lebenden Frauen wurden im Ausland geboren oder besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die größte Anzahl kommt aus Deutschland. Insgesamt stammt über die Hälfte der Migrantinnen aus Drittstaaten. Frauen mit ausländischer Herkunft sind sowohl unter Akademikerinnen als auch niedrig Qualifizierten überrepräsentiert:

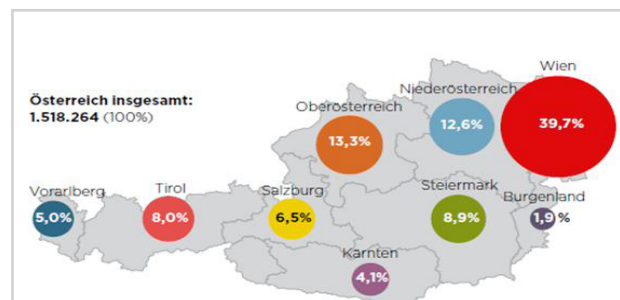


59% der Frauen ausländischer Herkunft gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Die Arbeitslosenquote liegt bei 9,7% (Frauen mit österreichischer Staatsbürgerschaft: 70% Erwerbsquote, 6% Arbeitslosigkeit).

Bestellinformationen finden Sie [» hier](#)

Zuwanderung in den Regionen

Am 1.1.2013 lebten 1,518 Millionen Menschen ausländischer Herkunft in Österreich (18% der Gesamtbevölkerung). Die regionale Verteilung der Personen mit ausländischem Geburtsort gestaltet sich wie folgt:



Der prozentuelle Anteil von Personen mit ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung der Bundesländer ergibt folgende Reihung:

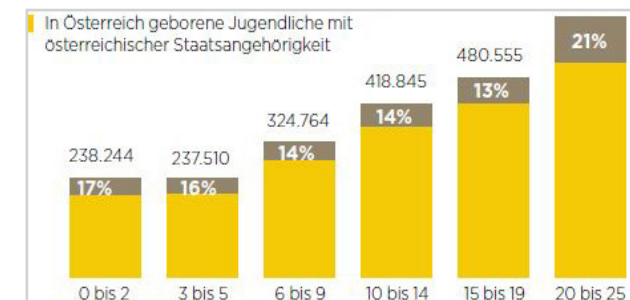
- Wien: 34,6%
- Vorarlberg: 20,4%
- Salzburg: 18,5%
- Tirol: 16,9%
- Oberösterreich: 14,2%
- Niederösterreich: 11,8%
- Kärnten: 11,3%
- Steiermark: 11,2%
- Burgenland: 10,1%

Bestellinformationen finden Sie [» hier](#)

Jugendliche Migrant/innen

Am Stichtag 1.1.2013 belief sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen (0-25 Jahre) in Österreich auf etwa 2.347.200. Davon waren rund 16% ausländischer Herkunft.

Mehr als 13% der jugendlichen Gesamtbevölkerung besitzen eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische. Rund zwei Drittel der ausländischen Jugendlichen kommen aus Drittstaaten. Die größten Gruppen jugendlicher Migrant/innen stammen aus Deutschland, der Türkei, Serbien und Bosnien-Herzegowina. 19% der Schüler/innen sprechen eine andere Muttersprache als Deutsch.



Bestellinformationen finden Sie [» hier](#)

Pressebeobachtung: Integration und Migration

Worüber wurde im Jänner berichtet?

Außenpolitik, Migration und Integration sind eng miteinander verknüpfte Themen. Auch in den Medien spiegelte sich im Jänner diese Verflechtung deutlich wider. Es wurde über eine Vielzahl unterschiedlicher Themen aus diesen Bereichen, auf österreichischer und internationaler Ebene, berichtet.

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und „Armutsmigration“

Die Debatten rund um die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit halten in Österreich und innerhalb der gesamten EU, insbesondere in Deutschland und Großbritannien, auch nach Ende der Übergangsfrist für die EU-Länder Bulgarien und Rumänien weiter an und wurden vor allem Anfang des Monats stärker beleuchtet.

EU-Erweiterung: Verhandlungen mit Serbien

Sowohl die Aufnahme der Beitrittsgespräche zwischen EU und Serbien sowie die Unterstützung der EU-Erweiterung am Westbalkan durch Bundesminister Sebastian Kurz sorgten wiederholt für Schlagzeilen.

Flucht und Krieg

Die Situation der syrischen Flüchtlinge zählt weiterhin zu den wichtigsten Themen in Bezug auf Flucht und Asyl, sowohl in Österreich als auch international. Die internationale Syrien-Konferenz im Schweizer Montreux in der letzten Jänner-Woche stellte in diesem Zusammenhang einen Schwerpunkt in der Berichterstattung dar. Ebenso berichtet wurde über Österreichs Zusage, finanzielle Hilfe für die Flüchtlinge der Krisenregion in der Zentralafrikanischen Republik zu leisten.

Entwicklungszusammenarbeit

Mediale Aufmerksamkeit erhielt die Zusage von Bundesminister Sebastian Kurz, die öffentliche Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit nicht zu kürzen. Im Vorfeld unterstützten Nichtregierungsorganisationen Bundesminister Kurz bei seiner Forderung nach Sicherung der Mittel.

Personenfreizügigkeit in der Schweiz

Gegen Ende des Monats wurde bereits vermehrt über das für Anfang Februar geplante Referendum „gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz berichtet.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»» Dänischer Minister mit Migrationshintergrund

— Seit 3.2.2014 bekleidet der in Indien geborene Manu Sareen das Amt des Ministers für Kinder, Gleichstellung, Integration und Soziales.««««

»»»» EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien —

Am 21.1.2014 starteten die EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien. Österreich ist einer der größten Befürworter der Erweiterung am Balkan.««««

»»»» Zusammenarbeit Österreich-Rumänien bei Erziehung, Kultur, Jugend, Sport —

Außenminister Kurz und sein rumänischer Amtskollege Corlațean unterzeichneten am 10.2.2014 das entsprechende Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre.««««

»»»» EU-Ministerratsbeschluss für menschenwürdige Arbeit von Hausangestellten —

EU-Staaten sollen das diesbezügliche Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation rasch umsetzen.««««

»»»» EU-Parlament gegen Verkauf der Unionsbürgerschaft —

Das EU-Parlament forderte die EU-Kommission auf abzuklären, ob Regelungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft wie in Malta EU-konform sind.««««

Publikationen



Aufbrechen, Ankommen, Bleiben: Bildungsmaterial zu Flucht und Asyl

UNHCR, Baobab, Österreichischer Integrationsfonds

Die Unterrichtsmaterialien bieten Wissen und Übungen zu den Themen Flucht und Asyl für die schulische und außerschulische Bildung von Jugendlichen ab 12 Jahren.

Weitere Informationen [»» hier](#)



Employment and Social Developments in Europe 2013

Europäische Kommission

Der Jahresbericht der EU-Kommission beleuchtet die Entwicklungen des europäischen Arbeitsmarktes und im sozialen Bereich.

Weitere Informationen [»» hier](#)



EU-Studie: Evaluation of the impact of the free movement of EU citizens at local level

Europäische Union

Der Endbericht beleuchtet das Thema der Integration mobiler EU-Bürger/innen mit besonderer Analyse von sechs europäischen Städten.

Weitere Informationen [»» hier](#)

Termine

4.–6. JUNI

Cities of Migration-Konferenz 2014. Eine Agenda für gemeinsamen Wohlstand.

Wo: Konferenzzentrum Beletage, Heinrich Böll Stiftung, Berlin, Deutschland.

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

30. JUNI – 1. JULI

7. International Conference on Migration and Development

Organisiert von der Französischen Entwicklungsagentur, der Weltbank, dem Center for Global Development und dem International Migration Institute. Wo: Oxford Martin School, University of Oxford, Großbritannien.

Weitere Informationen [»» hier](#)

27.–29. AUGUST

11. IMISCOE Conference, Instituto Universitario de Estudios sobre Migraciones (IEM)

Wo: Universidad Pontificia Comillas, Madrid, Spanien. **Call for Papers and Panels:** Es werden Beiträge von Wissenschaftler/innen zu verschiedenen Aspekten der Migration, Integration und ethnische Studien begrüßt. Papers und Abstracts müssen bis spätestens 1. April 2014 eingereicht werden.

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



Forum Alpbach: ÖIF- Teilnahme-Stipendien

Die Gespräche und Diskussionen mit Expert/innen werden 2014 zum Thema „At the Crossroads“ geführt. Der ÖIF ermöglicht die Teilnahme von bis zu 15 Stipendiat/innen. Bewerben können sich Studierende und Absolvent/innen mit Migrationshintergrund, die dauerhaft in Österreich leben. Bewerbungsfrist: 2. April 2014.

Weitere Information [»» hier](#)



netzwerk: Erfolgreich in Österreich

Die Veranstaltungsreihe mit Podiumsdiskussion zu Themen rund um Integration und Migration wird in den Bundesländern fortgesetzt. Nächste Termine: Salzburg: 19.2.2014, Tirol: 27.2.2014
Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 - 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.